

# Denkzettel für Illusionisten

## Leipziger „Arbeiterkonferenz“ bekehrte die Unentwegten

Zum sechsten Male fand am vergangenen Wochenende in der Messestadt eine sogenannte „Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz“ statt, die diesmal vom FDGB-Bundesvorstand einberufen worden war. Zu den rund 1300 Teilnehmern zählten 330 gegenwärtig in der Sowjetzone lebende KPD-Funktionäre und — so befremdlich es auf Anhieb klingen mag — etwa 450 Gewerkschafter aus der Bundesrepublik. Gewiß, die gute Hälfte davon waren im DGB untergetauchte Kommunisten, aber es gab auch viele, die mit letzten Illusionen nach Leipzig gekommen waren. Zwar waren es meist Betriebsratsmitglieder kleinster Industriefirmen und Funktionäre der untersten Equipe, aber: Zum ersten Male war es der SED und ihren KPD-Verbindungsleuten gelungen, eine größere Zahl nichtkommunistischer DGB-Mitglieder nach Leipzig zu locken.

Einem gewissen Ansporn dazu mag die in der ersten Runde befürwortete Kontaktaufnahme der IG Holz des DGB mit dem kommunistischen FDGB geliefert haben. Man merkte es einigen der westdeutschen Gäste — denen die östlichen Gastgeber eine lukrative Gratisreise boten — an, daß sie mehr aus Trotz und Opposition gegen die eigenen Genossen als aus Liebe zur SED in die Messestadt gekommen waren.

Andere waren im HO-Lokal „Haus Auensee“ — wo diese Konferenzen stattzufinden pflegen — offenkundig nicht mehr unbekannt. „Unentwegte“, Neugierige und Illusionisten bekamen auf diese Art einen Denkzettel verpaßt, der ihnen für lange Zeit Gesprächsstoff bieten dürfte.

### Matern fiel aus dem Rahmen

Die Veranstalter hatten den Fehler begangen, den SED-Kardenerchef Hermann Matern als Hauptreferenten einzusetzen. Vermutlich glaubte man, weit aus mehr unter sich zu bleiben und war von dem starken westdeutschen Besuch teils angenehm, aber teils auch peinlich berührt. Unter diesen Umständen wirkte Materns Rede wie ein Wasserguß auf jene, die hier „gesamtdeutsche“ Gewerkschaftsprobleme zu erörtern gedachten.

Matern begrüßte die westdeutschen Besucher als „Repräsentanten eines künftigen gesamtdeutschen kommunistischen Arbeiter- und Bauernstaates“. Er gebrauchte damit eine Formulierung, die bisher nicht einmal Ulbricht entschlüpfelt war. Im gleichen Atemzug erklärte der kommunistische Kadersekretär, die Sowjetzonenregierung werde „niemals mehr jene Machtmittel aus der Hand geben“, über die sie heute verfüge. Der heute in einer Ostberliner Villa amtierende Hamburger KP-Sekretär Hein Fink unterstützte Matern durch den Hinweis, „die besten gewerkschaftlichen Losungen würden ohnehin durch die im Untergrund lebenden westdeutschen KP-Leitungen ausgegeben“.

### Besucher flüchteten vorzeitig

Spätestens nach der Ansprache Materns wurde den westdeutschen Besuchern klar, in welches Abenteuer sie sich eingelassen und mit wem sie Waffenbrüderschaft gesucht hatten. Es zeugte von einer befremdenden Instinktllosigkeit dieser Leute, daß sie gekommen waren. Aber es sprach für ihre rasche Auffassungsgabe, daß von den rund 450 Westdeutschen am zweiten Tage nur noch ganze 23 wiederkamen. Und das Erstaunliche: Nicht ein einziger Vertreter der westdeutschen IG

Holz war geblieben! Fluchtartig hatten sie das Weite gesucht, die meisten zeigten sich noch während der spärlichen Gespräche in den Wandelgängen, die man am ersten Tage führte, schockiert.

So wurde die Einberufung einer „Gesamtdeutschen Jungarbeiterkonferenz“ für kommenden März nur noch im internen Kreis erörtert. Auch die Annahme einer „gemeinsamen“ Resolution gegen die „westdeutsche Kriegspolitik“ fand nur noch waschete Kommunisten und müde FDGB-Funktionäre als kampfwillige Unterzeichner. Der Gala-Empfang, den die Messeleitung am Sonntag für die „westdeutschen Arbeiterdelegierten“ mit Sekt und Kaviarbrötchen geben wollte, fiel dann folgerichtig aus. Es wäre niemand dagewesen, dem man hätte zutoasten können...

### Wird man daraus lernen?

Die SED-Presse, die mehr als 50 Reporter nach „Haus Auensee“ entsandt hatte, wird darüber kaum berichten. Aber es ist fraglich, ob die vorzeitig geflüchteten westdeutschen Teilnehmer zu Hause davon erzählen werden. So sehr man davon überzeugt sein darf, daß von diesen keiner wieder nach Leipzig kommen wird, so begründenswert wäre es, wenn sie nun auf DGB-Versammlungen ihre Enttäuschung eingestehen würden. Bis dahin aber wird die SED der Sowjetzonenbevölkerung vorgaukeln, sie befände sich „in Übereinstimmung mit wesentlichen Teilen der westdeutschen Arbeiterschaft“. Und die Menschen in der Zone werden sich folgerichtig von jenen kontaktulsternen Unterfunktionären westdeutscher DGB-Leitungen verraten fühlen, die zu Schausstellungen wie jetzt in Leipzig Anlaß geben.

## Ohne Ergebnisse

DT. Der erwartete Moskauer Paukenschlag vor den Wahlen ist pünktlich eingetroffen. Man fragt sich nach den Gründen. Die Annahme, Moskau verkenne die Stimmung der Bevölkerung in der Bundesrepublik und glaube, der CDU durch eine solche Aktion schaden zu können, ist ebenso unsicher wie die etwas abenteuerliche umgekehrte Vermutung, Moskau kenne die Stimmung des Volkes sogar sehr genau und wolle gerade mithelfen, Adenauer im Sattel zu halten.

Weitaus wahrscheinlicher ist, daß man die neue Sowjetnote, die das Gespräch über die deutsche Einheit rigoros abschneidet, in einem größeren weltpolitischen Zusammenhang sehen muß. Nicht zufällig folgt sie auf das Scheitern der Londoner Abrüstungsverhandlungen und auf die entschiedene Weigerung, bei den Moskauer Besprechungen das Problem der Deutschen in Rußland zu behandeln. Eine Großmacht wie die Sowjetunion, die sich heute in einer weltumspannenden politischen Auseinandersetzung befindet, richtet ihre Politik gegenüber einem einzelnen Staat wie Deutschland nicht nach separaten Gesichtspunkten ein. Sie verfolgt in ihrer Politik gegenüber allen Ländern nur das eine Ziel: ihre Stellung in der globalen Auseinandersetzung zu verbessern. So ist auch die deutsche Frage in die weltpolitischen Gegensätze eingespannt und läßt sich aus diesem Zusammenhang nicht mehr herauslösen.

Liest man die neue Note aus Moskau unter diesem Gesichtswinkel, so drängt sich der Eindruck auf: Die Sowjets geben ihr Spiel um Deutschland mit einer gewissen Verbitterung auf. Sie haben eingesehen, daß hier in der nächsten Zeit nicht der Punkt liegt, an dem der Hebel angesetzt werden könnte, um die politische Entwicklung in ihrem Sinne weiter voranzutreiben. Deshalb wollen sie, verärgert und gereizt, das Kapitel Deutschland abschließen. Manches deutete schon seit einigen Monaten auf diese Entwicklung hin. Vielleicht war die Abberufung des ersten Botschafters Sorin aus Bonn das

erste Signal dafür, daß Moskau selbst nicht mehr an die Möglichkeit glaubte, große Politik mit der Bundesrepublik zu machen, indem man sie aus der Front des Westens herausbräche. Die Zurückberufung des Gesandten Kudriawzew, der schon in den Jahren um 1939 in der Berliner Botschaft am deutsch-sowjetischen Bündnis mitgewirkt hatte, mag ein weiteres Glied in dieser Kette sein.

Wenn diese Deutung der Sowjetnote richtig ist, muß alles andere, was in dem umfangreichen Dokument steht, als bloßes Beiwerk angesehen werden — teils für die Nachbarn Deutschlands (einschließlich Polen) bestimmt, die vor dem „Militarismus“ der Bundesrepublik gewarnt werden, teils für die Bevölkerung der Sowjetzone, vor der sich die Sowjetregierung wegen der Spaltung Deutschlands zu rechtfertigen versucht. Die Geschichte der deutschen Teilung, die dabei recht ausführlich dargelegt wird, ist freilich so stark retuschiert, daß man beim Lesen über die Fehler geradezu stolpert. Schon ihr erster Satz ist eine Lüge. Wenn die Sowjetregierung sich als „konsequenter Verfechter“ der deutschen Einheit schon im zweiten Weltkrieg aufspielt, so ist daran zu erinnern, daß Stalin noch im Februar 1945 in Jalta die Aufteilung Deutschlands verlangt hat. Die Schwenkung zugunsten der Einheit, die er kurz darauf vornahm, erscheint nicht ganz uneigennützig, wenn man bedenkt (und in der jetzigen Note bestätigt findet), daß die Sowjetregierung von da an immer für die Einheit eines „friedliebenden und demokratischen“ Deutschlands eintrat. Was darunter zu verstehen ist, läßt die Sowjetregierung auch in ihrer neuen Note nicht zweifelhaft, indem sie das Regime der jetzigen Sowjetzone mit diesen schmückenden Beiwörtern versieht.

Auf die deutsche Politik wird die Sowjetnote keinen nennenswerten Einfluß ausüben können. Da sie als einzigen Weg zur Wiedervereinigung wieder auf die StraÙe nach Pankow verweist, die zu betreten CDU, SPD, FDP und DP in völliger Übereinstimmung ablehnen, mußte man eigentlich erwarten, daß Regierung und Opposition — wie sie auch immer nach den

Wahlen aussehen mögen — außenpolitisch in der Frage der deutschen Einheit nun wieder näher zusammenrücken. Wenn die Note etwas klarmacht, so ist es, wie eng zur Zeit der Spielraum einer deutschen Politik der Wiedervereinigung ist und wie gering die Aussichten sind, in nächster Zeit zum Ziele zu gelangen.

## Das Ende in London

DT. Mit höflichem Händeschütteln unter den Delegierten und fast unbemerkt von der Londoner Öffentlichkeit ist in der britischen Hauptstadt der vorläufig letzte Versuch, den Rüstungswettlauf in der Welt zu stoppen, gescheitert. Nach 31 Verhandlungswochen und 157 Sitzungen gibt es den Abrüstungsunterausschuß der Vereinten Nationen nicht mehr.

Nach wie vor hängt über allen Menschen die tödliche Drohung der Vernichtung durch Atomwaffen. In diesem Zusammenhang muß nichts dramatisiert werden, sind keine sogenannten großen Worte vonnöten. Es genügt festzustellen, daß allein die Fortsetzung der Atomwaffenversuche, wo immer sie auch erfolgen, wissenschaftlich unbestritten, weil in ihrem Ausmaß unbekannt, Schädigungen der heute lebenden und der ungeborenen Generationen zur Folge haben. Vor diesem düsteren Hintergrund wird sich jeder gern heute einen Illusionisten nennen lassen, wenn er in den vergangenen Monaten und Wochen an einen wenigstens bescheidenen ersten Schritt auf dem Wege zur Abrüstung glaubte. Er könnte sich mit diesen Hoffnungen übrigens vor allem auf den amerikanischen Delegierten Stassen berufen, der bis in die letzten Stunden der Debatten ein Optimist blieb.

Für diese Hoffnung gab es manchen Anlaß. Schien doch der in den vergangenen Jahren unüberbrückbare Gegensatz der sowjetischen Forderung nach Abschaffung aller Atomwaffen und der westlichen Bedingung, die Durchführung der Waffenvernichtung auch in der Sowjetunion selbst kontrollieren zu können, bei den ersten Sitzungen im Frühjahr überwunden zu sein. Die Moskauer Politik zeigte Neigungen, einer Kon-

(Fortsetzung auf Seite 7)

## Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wo und wie unsere Wochenausgabe Sie in der sowjetischen Besatzungszone erreicht hat. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn M. Barth  
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

## Ostberliner 13ler erhalten Beihilfen

### Ein wichtiger Beschluß des Bundesrates

Bonn (Eigenmeldung). Der Bundesrat hat in seiner Sitzung u. a. der Novelle zum 13ler-Gesetz zugestimmt, die neben zahlreichen allgemeinen Verbesserungen eine wichtige Sonderbestimmung für Berlin enthält. Danach können ehemalige Bedienstete der Reichshauptstadt, des früheren Landes Preußen oder des Reiches, die entweder im Ostsektor Berlins oder in den Berliner Randgebieten wohnen, Beihilfen und Unterstützungen aus Bundesmitteln erhalten. Voraussetzung ist, daß sie am 1. Januar 1955 ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt in Berlin oder seinen Randgebieten hatten und nach

dem 13ler-Gesetz keine Versorgungsansprüche geltend machen konnten.

## Kein Ruhegeld für SEDler

Berlin (DPA). Eine Kammer des Arbeitsgerichts von Westberlin hat in einem Grundsatzurteil festgestellt, daß die Mitgliedschaft in der SED eine aktive Betätigung für ein totalitäres System darstellt, die den Westberliner Innensenator berechtigt, früheren städtischen Bediensteten die Zahlung von Versorgungsbezügen zu verweigern oder nachträglich zu entziehen.

jetzigen Regimes in der Sowjetzone sei. Es sei „sehr bitter“, daß die Sowjetregierung den Wunsch nach freien Wahlen in ganz Deutschland als ein leeres Schlagwort bezeichne. „Für uns bedeuten wirklich freie Wahlen das Fundament der demokratischen Existenz.“ Die Sowjetregierung sei aber an freien Wahlen nicht interessiert, weil sie genau wisse, daß dadurch das SED-Regime in der Sowjetzone beseitigt würde. Es sei nach wie vor ihr Ziel, dieses Regime auf ganz Deutschland auszudehnen.

Der SPD-Vorsitzende Ollenhauer erklärte: „Mit dieser Art von Notenwechsel ist kein Fortschritt in der Wiedervereinigungsfrage zu erreichen.“ Durch das Beharren der Bundesregierung auf dem Atlantikpakt und durch das Zurückziehen der Sowjets auf die Forderung, Bonn solle mit Pankow verhandeln, sei ein außenpolitisch völlig unfruchtbarer Zustand eingetreten.

Die FDP bezeichnete die Note als eine Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten in doppelter Hinsicht.

## Grenzgänger sollen Westmark zahlen

### Pankow braucht harte Währung

## Briefzensur verschärft

Berlin (DPA). Im Gebiet der Sowjetzone und in Ostberlin ist die Briefzensur für den Verkehr von und nach dem Ausland verschärft worden. Der Untersuchungsausschuß freihändlicher Juristen teilt dazu mit, das Zonenamt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs habe angeordnet, daß auf den Zollpostämtern in der DDR und in Ostberlin sämtliche Briefsendungen von und nach dem Ausland, soweit sie mehr als 50 g wiegen, zu öffnen und auf den Inhalt zu prüfen sind.

Berlin (DPA). Wie das Informationsbüro West meldet, sollen die etwa 40 000 sogenannten Grenzgänger aus Ostberlin und den Randgebieten der Sowjetzone, die in Westberlin arbeiten, künftig ihre Ausgaben für Miete, Gas und Licht im sowjetischen Besatzungsgebiet in dem dort verbotenen Westgeld zahlen. Das sehe eine Verordnung des Ostberliner Magistrats vor. Der ursprüngliche Plan, sämtlichen Grenzgängern die Lebensmittellkarten zu entziehen und sie dadurch zum Kauf aller Le-

bensmittel zu den überhöhten Preisen in der HO zu zwingen, sei aufgegeben worden.

Der Ostberliner Bürgermeister Ebert und die Bezirksleitung der SED im Ostsektor hatten vor einiger Zeit Maßnahmen gegen die Grenzgänger angekündigt. Die Stadtkommandanten der Westmächte ersuchten den sowjetischen Stadtkommandanten in Ostberlin, Maßnahmen gegen die Grenzgänger zu verhüten, weil dadurch die Spannungen verstärkt würden.

## US-Waffen für Nahost

### Acht Transportmaschinen in Jordanien gelandet

Amman (AP/DPA). Die USA haben mit ihren Waffenlieferungen an die westlich orientierten arabischen Staaten im Nahen Osten begonnen. Acht Transportmaschinen mit amerikanischer Militärausrüstung landeten auf dem Militärflughafen von Amman. Sie brachten Pak-Geschütze, Maschinengewehre, Munition und Jeeps nach Jordanien. Weitere Transportmaschinen sind nach dem Irak, dem Libanon und Saudi-Arabien unterwegs.

Ein Sprecher des britischen Außenministeriums äußerte die „tiefe Besorgnis“ seiner Regierung über die Entwicklung der Lage in Syrien. Die Lieferung amerikanischer Waffen an westliche arabische Staaten, so betonte der Sprecher, werde von der britischen Regierung begrüßt.

Das syrische Außenministerium hat in einer Stellungnahme die USA beschuldigt, sich in die inneren Angelegenheiten Syriens einzumischen und das Land durch „Provokationen“ zu Maßnahmen zu zwingen, die als Vorwand für eine Aggression benutzt werden könnten. Gleichzeitig richtete das syrische Außenministerium an die Regierungen des Libanon, des Irak, Jordaniens und der Türkei die Anfrage, ob sie den Vereinigten Staaten gegenüber Befürchtungen hinsichtlich einer syrischen Aggression äußern hätten.

Der ägyptische Staatspräsident Nasser erklärte in einem Interview, die amerikanischen Waffenlieferungen sollten offensichtlich dazu dienen, den ara-

bischen Nationalismus zu bekämpfen und auszulöschen.

### Prominenter Pole geflohen

Warschau (AP). Der ehemalige stellvertretende polnische Minister für das Bauwesen, Jaworski, ist nach Westen geflohen. Jaworski, zuletzt Leiter des Bauforschungs-Institutes, sei kürzlich mit einer polnischen Delegation nach Ostberlin gefahren und von dort aus „in das Imperium Adenauers“ geflüchtet. Nach dem polnischen Bericht hat Jaworski vor seiner Flucht heimlich seine Familie ins Ausland geschickt und seine Wohnungseinrichtung verkauft. Jaworski ist wahrscheinlich der prominenteste polnische Kommunist, der bisher in den Westen geflohen ist.

### Nagy in Ungarn?

Tokio (DPA). Imre Nagy, Ungarns einstiger Ministerpräsident, der während des Volksaufstandes von den Sowjets abgesetzt und später nach Rumänien verschleppt wurde, soll gegenwärtig in Budapest sein. Dies teilte der ungarische Schriftsteller Horvath unter Berufung auf „direkte“ Informationen aus Ungarn mit.

## Politik für Geistliche verboten

### Ein päpstlicher Erlaß für Ungarn

Vatikanstadt (AP). Die Vatikanische Konzilskongregation hat es den ungarischen Geistlichen untersagt, öffentliche Ämter zu bekleiden oder sich um sie zu bewerben. Verstöße gegen diesen Erlaß sollen mit der Exkommunikation geahndet wer-

## 80. und 81. Veto

New York (AP). Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat die Sowjetunion durch ihr 80. und 81. Veto die Anträge der drei Westmächte und fünf weiterer Mitgliedstaaten zu Fall gebracht, die Republiken Südkorea und Südvietnam in die Vereinten Nationen aufzunehmen.

Ein Vorschlag zur Aufnahme der Äußerer Mongolei wurde wenig später mit 5 gegen 2 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Mehrere Mitglieder des Sicherheitsrates betonten, die Äußere Mongolei sei nicht unabhängig.

## Für baldige Verhandlungen

Washington (DPA). Der Abrüstungsausschuß des US-Senats hat in einem Bericht baldige Verhandlungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion über die deutsche Wiedervereinigung auf der Grundlage einer Reduzierung der sowjetischen und amerikanischen Streitkräfte in Deutschland vorgeschlagen. Der Bericht ist eine Zusammenfassung der laufenden Untersuchung des Abrüstungsproblems durch den Ausschuß.

## Die meisten Briefe nach Deutschland

### Bundesrepublik — Polens wichtigster Briefpartner

Warschau (AP). Die Bundesrepublik ist Polens wichtigster Briefpartner. Wie aus einem Bericht der Warschauer Zeitung „Trybuna Ludu“ hervorgeht, kamen in den ersten sieben Monaten d. J. etwa 18 Millionen Briefe nach Polen, während im gleichen Zeitraum etwa 24 Millionen in das Ausland gesandt wurden. Die meisten Briefe wurden mit der Bundesrepublik ausgetauscht, dann folgten die

USA, die Sowjetunion und Großbritannien.

### In drei Jahren: Anti-Rakete

Washington (AP/DPA). Die USA könnten innerhalb von drei Jahren über eine wirksame Abwehrwaffe gegen interkontinentale Raketen verfügen. Dies erklärte der frühere deutsche Raketenexperte Dr. Dornberger in einem Zeitschriftenartikel.

den. Geistliche, die Mitglied des Parlamentes sind, oder andere öffentliche Ämter bekleiden, sollen diese innerhalb eines Monats niederlegen.

Vatikanische Kreise erklärten dazu, durch diesen Erlaß sollten Geistliche daran gehindert werden, den Bemühungen der Kommunisten um Schwächung der katholischen Kirche Vorschub zu leisten. Bisher habe die Kirche vereinzelt und aus bestimmten Gründen Priestern oder Prälaten die Übernahme öffentlicher Ämter gestattet; die politische Betätigung entspreche jedoch nicht der des Geistlichen, der ausschließlich seelsorgerisch tätig sein soll. In Ungarn herrschten zudem Verhältnisse, die es angeraten erscheinen ließen, die Priester völlig aus dem politischen Leben herauszuhalten.

So sind sie wirklich:

## Der Mann, der nicht Präsident werden will...

Mit schuldbewußter Hoffnung verfolgt man im Osterliner SED-Zentralkomitee seit Wochen das in dreitägigem Abstand erscheinende „Gesundheits-Bulletin“ eines Ärztekollektivs, das über den Krankheitszustand des zeitweilig bereits in Agonie befindlichen „Staatspräsidenten“ Wilhelm Pieck (83) Auskunft geben soll. Am 11. Oktober geht nämlich Piecks Amtsperiode zu Ende, und die SED steht vor der unangenehmen Aufgabe, damit die Amtsunfähigkeit des sterbenskranken Pieck zu erklären. Würde Pieck dagegen vorher sterben, wäre die Sache politisch und parteitechnisch weitaus unkomplizierter. Und so mischen sich in die täglichen Genesungswünsche der Partei zuweilen recht unguete Gedanken.

In diesem Zusammenhang wird seit Wochen der Name eines Mannes genannt, der Piecks voraussichtliche Nachfolge übernehmen soll: Max Seydewitz. Nur — ein Punkt wird anscheinend übersehen: Seydewitz hat bereits zweimal ein derartiges Ansinnen abgelehnt. Er sei zu alt, argumentiert der heutige Direktor der „Staatlichen Kunstsammlungen Dresden“. Doch es scheint, er hat andere Gründe dafür...

### Der „Uralt-Sozi“

Seydewitz ist immerhin erst 64 Jahre alt und somit ganze 19 Jahre jünger als Pieck. 1892 geboren, wurde er als Sohn eines thüringischen Arbeiters frühzeitig in die Buchdruckerlehre gesteckt. Er gehört zur ältesten Garde der heute zwangsverschmolzenen Sozialdemokraten, in der Partei wird er halb hämisch, halb wohlwollend als „Uralt-Sozi“ nominiert.

Bereits 1919 wurde der damals 27jährige Chefredakteur der Hallenser SPD-Zeitung „Volksblatt“, 1931 übernahm er das Zwickauer „Sächsische Volksblatt“ in gleicher Funktion. Kurz darauf schloß ihn seine Partei wegen Gründung der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ (SAP) aus ihren Reihen

## MAX SEYDEWITZ



aus. Die kurzlebige SAP trieb Seydewitz dann endgültig in die KPD.

### Kleiner Flirt mit Wollweber

Der weitere Lebenslauf ist in Dunkel gehüllt. Seydewitz verbrachte die Nazizeit in der schwedischen Emigration, aber irgendeine Spionageaffäre, in die der heutige SSD-Chef Wollweber verwickelt war, brachte ihn hinter original „schwedische Gardinen“. In den jüngeren Biographien Seydewitz' fehlt diese Episode, dergleichen die Tatsache, daß die Sowjetunion gegen Schweden einen Auslieferungsantrag auf diesen Mann gestellt hatte, um vermutlich geheimdienstliche Spuren zu verwischen.

Aber der Flirt mit Wollwebers Sabotageorganisation kann nur kurz gewesen sein. 1945 kehrt Seydewitz nach Ostberlin zurück, um den Posten eines Intendanten des „Berliner Rundfunks“ zu übernehmen. Im August 1946 wird er zum Chefredakteur des theoretischen

Parteiorgans „Einheit“ erhoben. Es ist die Zeit kurz nach der Zwangsvereinigung, wo man noch Wert darauf legt, alle Parteiämter paritätisch mit Ex-Sozialdemokraten zu besetzen.

### Schatten der Vergangenheit

Als im Juli 1947 die Nachfolge des verstorbenen sächsischen Ministerpräsidenten Dr. h. c. Friedrichs geregelt werden muß, setzt die SED Seydewitz auf diesen prekären Posten, den er trotz vielfachen Mißgeschicks bis zur Verwaltungsreform des Sommers 1952 beibehalten soll.

Dazwischen liegt jene Zeit, die den Ex-Sozialdemokraten Seydewitz zur Besinnung kommen ließ. Im Winter 1950/51 wird er von der Parteikontrollkommission entwürdigenden Verhören über die Gründung der einstigen SAP unterzogen. Man beschimpft ihn als Trotzlisten, enthebt ihn seiner Parteifunktionen und zwingt ihn, sich öffentlich von seinen überlebenden SAP-Genossen zu distanzieren.

Diese Schmach hat Seydewitz der Partei nie vergessen. Seit seiner Amtsenthebung 1952 war er nur noch als Schriftsteller tätig, zusammen mit seiner Frau Ruth gab er verschiedene Werke zur Dresdner Heimatgeschichte heraus. Seine jetzige Funktion ist die Wiedergutmachung der Partei, die im Zuge des Antistalinismus auch ihre Ansicht über die SAP-„Trotzlisten“ revidieren mußte.

In diesem Dezember wird Max Seydewitz 65 Jahre alt. Man hat ihn parteioffiziell für etliche Ordensverleihungen vorgeschlagen, der Rat des Bezirks Dresden hat ihm eine Ruhevilla am „Weißen Hirsch“ zugesagt. Seydewitz wird sich damit zu-frieden geben, nichts lockt ihn, die mühevollen Bürde eines zum Zeremoniell verpflichteten Präsidenten jener „Republik“ auf sich zu nehmen, von der er ebenso enttäuscht ist wie seine alten SAP-Kameraden, die heute zum großen Teil im Westen sind. Und es erscheint höchst fraglich, ob Seydewitz diesmal der Parteidisziplin erneut gehorchen wird.

# Atheistische „Militärseelsorge“

## „Nationale Volksarmee“ provoziert am laufenden Band

Viele Sowjetzonenbewohner beklagen sich über zunehmende Provokationen aus den örtlichen Garnisonen der „Nationalen Volksarmee“. Bestimmte Kompanieführer machen sich ein Vergnügen daraus, ihre Einheiten an Sonntagvormittagen mitten durch die Kirchgänger marschieren oder laut gröhrend an Kirchen vorbeiziehen zu lassen. Dabei werden mit Vorliebe Marschlieder antikirchlichen Inhalts gesungen. Beschwerden einzelner Bürger hatten jeweils ausweichende Entschuldigungen der Standortkommandanten zur Folge, wobei entrüstet in Abrede gestellt wurde, daß die Sowjetzonenarmee Lieder antireligiösen Inhalts verbreitet.

Jetzt wird aus den „Liederblättern für die Nationale Volksarmee“ erstmals der volle Text eines erst im Juli 1957 (!) aufgelegten „Militärseelsorge-Marsches“ bekannt. Er schlägt allen SED-Erklärungen über die angebliche „Neutralität“ der Zonenarmee gegenüber Religionsfragen ins Gesicht.

### „Pioniere“ singen mit

Das auch in Kreisen der „Jungen Pioniere“ — also unter 10- bis 14jährigen Kindern — verbreitete Lied ist von dem FDJ-Schriftsteller Hans-Joachim Stein getextet und wurde von Waldemar Findeisen vertont. Es beginnt:

„Gebt dem Soldaten die Gebote wieder,  
denn er benötigt sie so sehr.  
Nicht nur Kommißbrot, nein,  
auch Kirchenlieder,  
sind die rechte Nahrung für  
das Militär.  
Gebt dem Soldaten darum die  
Gebote wieder!“

Im Kehrreim singt eine Gruppe von Soldaten den „Marsch-Choral“:

„Gottes Reich ist allerwegen!  
Hunderttausend, die ums  
Leben,  
um das Leben kamen,  
flüstern aus den Gräbern  
ihren  
Segen:  
„Amen!““

Zum Schluß singt dann ein einzelner Soldat:

„Herr, die Erde ist gesegnet,  
und der Bischof spricht in  
Deinem Namen!  
Doch was sagt er, wenn es  
Tod  
und Feuer regnet?  
Amen wird er sagen.  
Amen...“

Dieser Teil des Liedes wird auch in getragenen Marschtempo als Chor vorgetragen.

Wenn so etwas in aller Öffentlichkeit geschieht, dann ist dies mehr als der Übergriff eines einzelnen Unteroffiziers oder Kompanieführers. Und wenn Partei und FDJ ein solches Lied in Massenaufgabe drucken lassen, um es innerhalb der Armee und sogar unter Kindern zu vertreiben, dann ist das bereits gelenkte Provokation. In Fällen, wo sich einzelne Bürger an die Leitungen der „Nationalen Front“ oder an die Staatspartei wandten, um solche Dinge abzustellen, hat niemand etwas unternommen. Niemand schreitet ein, wenn NVA-Pioniereinheiten in Strausberg während einer Übung ausgerechnet neben einem Friedhof in Stellung gehen und durch Übungshandgranaten die sonn-

## Scharfschießen als „Gottesdienst“

Aus von geflüchteten Soldaten vorgelegten Dienstplänen geht hervor, daß Einheiten der „Nationalen Volksarmee“ das sonntägliche Scharfschießen als „Gottesdienst“ plakatieren. Gewiß, dies wird keinem Gläubigen wehe tun, der von einer kommunistisch geleiteten Armee kaum etwas anderes erwarten kann. Aber es ist typisch für die Grundhaltung dieser Armee, die ja auch junge Christen zwangsrekrutiert.

Mit Welch hinterhältigen Argumenten aber dem geschichtsunkundigen Rekruten hier pseudo-„antifaschistische“ Propaganda in die atheistische Zwangserziehung gemixt wird, mag aus einer Strophe des „Militärseelsorge“ betitelten Marschliedes hervorgehen:

„Gebt dem Soldaten fleißig  
Bischofsworte —

## SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Postzeit oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1,  
Manfred-von-Richthofen-Str. 2.  
Druck: W. Buxenstein, GmbH.

täglichen Friedhofsbesucher vertreiben. Kein Funktionär belehrt den Feldwebel, der seinen Infanteriezug am Sonntagmorgen durch Magdeburg marschieren und dabei Landsknechtlieder singen läßt, die mit der humorvollen Aufforderung enden: „Hängt die Pfaffen, hängt die Pfaffen an die Wand!“

der Bischof weiß damit Bescheid.

Er hat ja jene braune

Fahnenborte —

in Potsdam war das damals, auch geweiht.“

Und:

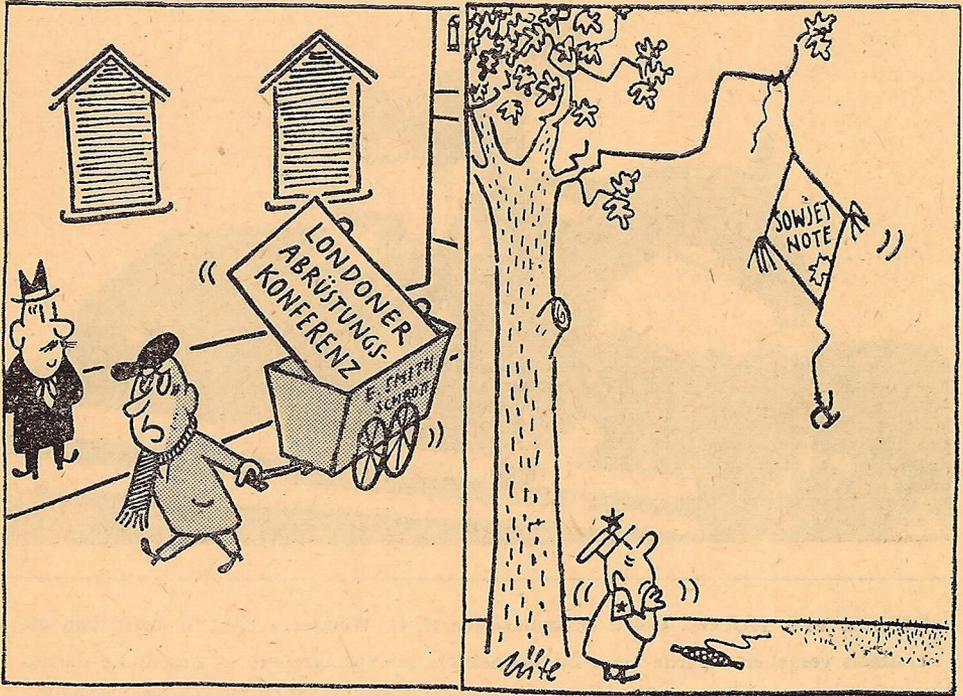
„Es kostet viel, ein Carist zu sein:

Auch das Leben. Und als frommer Rahmen

bleibt oft nur ein Kreuz am Wegesrain ...

Amen!“

Weiterer Erklärungen bedarf es kaum. Bereits dieses Lied spricht für sich, andere ließen sich beliebig zitieren. Die Sowjetzonenverfassung bedroht jeden Bürger, der die religiösen Gefühle seiner Mitmenschen verletzt, mit Strafe. Aber — gibt es einen Bereich des sowjetzonalen Lebens, auf den die „DDR“-Verfassung praktische Anwendung fände...?



„Yes, die Konferenz ist zu Ende, und das ist leider das einzige, was es zu verschrotten gibt!“

Das Ende

## Das Ende in London

Fortsetzung von Seite 2

trolle auch auf dem eigenen Gebiet aus der Luft und auch am Boden zustimmen zu wollen. Die westlichen Mächte hingegen gestanden eine Unterbrechung der Atomwaffenversuche für zwei Jahre zu und entsprochen damit fast in vollem Umfange einem russischen Wunsch.

Selbst eine genaue Analyse der Vorschläge aus Ost und West wird das Geheimnis des Wechsels in der russischen Haltung auf der Londoner Abrüstungskonferenz nicht lüften können. Wenn man es zeitlich fixiert, so beginnt die sowjetische Haltung sich gerade in dem Augenblick ins Negative zu wandeln, als sich in Moskau der Sturz der Molotow-Kaganowitsch-Gruppe und die Verbanung Malenkows und Schepilows vollzog. Chruschtschow warf bekanntlich Molotow auch die

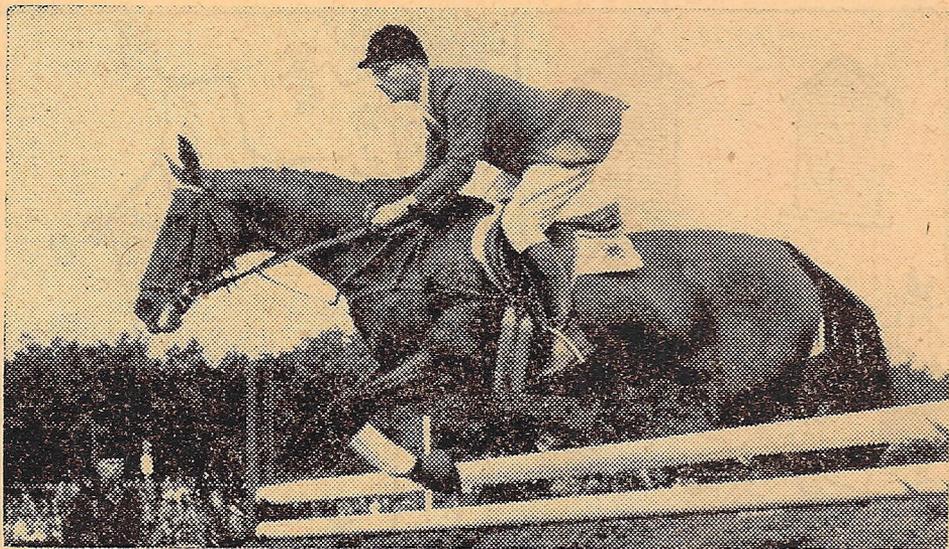
Sabotage aller Koexistenz-Politik mit dem Westen vor.

Schließlich sprach Sorin von dem „Papier ohne Wert“, womit er die westlichen Vorschläge in Bausch und Bogen verwarf und den Kurs auf Abbruch der Verhandlungen einschlug. Seine Schlussklärung im Lancaster-House, das Abrüstungsproblem dürfe nicht mehr in geheimen und beschränkten Sitzungen des Unterausschusses diskutiert werden, vielmehr sei es notwendig, diese Frage ohne Verzögerung vor die Vollversammlung der UN zu bringen, und seine weitere Mitteilung, daß dieser Unterausschuß um Vertreter anderer Mächte erweitert werden müßte, macht die sowjetische Absicht vollends deutlich.

Diese sowjetische Taktik lediglich mit einem Achselzucken abzutun, wäre nicht empfeh-

lenswert. Der Kampf zwischen Ost und West vollzieht sich in der Sicht des Kreml schon lange nicht mehr in dem rein militärischen Werben um jene afrikanisch-asiatische Gruppe, die bei wichtigen Abstimmungen der UN-Vollversammlung den Ausschlag gibt.

Und es wäre daher nicht sehr überraschend, wenn der nächste Abrüstungsunterausschuß der UN nicht mehr nur aus den bisherigen fünf Mächten bestünde, sondern Vertreter der afrikanischen oder asiatischen Staatengruppe in seinen Kreis aufnehmen müßte. Ob ein künftiger russischer Delegierter damit Verbündete gewonnen hätte, steht dahin. Auch die Geschicklichkeit der westlichen Politik fände hier ein weites Feld. So brauchte das Ende in London zwar eine schmerzliche Verzögerung, aber nicht das Ende aller Hoffnungen auf Abrüstung zu bedeuten.



**BILDER DER WOCHE.** Oben: Olympiasieger H. G. Winkler errang in Rotterdam die erstmals vergebene Würde eines Europameisters im Springreiten. — Unten: Le Corbusier, der berühmte französische Architekt des umstrittenen Wohnhochhauses am Olympiastadion hält sich zur Zeit anlässlich der INTERBAU in Westberlin auf.

